

BAMBA KA

Afrika – zwischen westlichen Demokratiemodellen und demokratischer Selbstbestimmung

Der Berliner Kongreß von 1884, der den Wettstreit der Europäer um die koloniale Aufteilung Afrikas in Einfluszbereiche beendete, mündete in eine Balkanisierung des schwarzen Kontinents. Heute zwingt die Entstehung großer Staaten- und Wirtschaftsblöcke auf globaler Ebene nun gleichfalls das »balkanisierte« Afrika zu regionaler Integration. Eine Folge dieses Prozesses ist die Krise des afrikanischen Staates, wie er sich mit der Erringung der nationalstaatlichen Souveränität um 1960 als Sieg des regionalen Separatismus über den Panafricanismus herausgebildet hat.

Der afrikanische Kontinent war in jüngster Vergangenheit immer von äußeren Entwicklungen abhängig. Dies manifestierte sich während des Kalten Krieges nicht zuletzt in zahlreichen politischen Unruhen und Umsturzversuchen, die sich entweder des Schutzes und der Unterstützung durch die UdSSR oder durch die USA sicher sein konnten. Einige dieser politischen Abenteuer hatten zwar marxistische oder sozialistische revolutionäre Ziele, endeten jedoch oft in Diktaturen oder in Einheitsparteiensystemen, die unvermeidlich radikale Oppositionsbewegungen und damit enorme Instabilitäten hervorbrachten. Auch die gegenwärtige Situation Afrikas ist wesentlich durch die in der Kolonialzeit entstandenen Strukturen und Grenzen geprägt, denn für die Mehrzahl der Länder blieb die Abhängigkeit von der alten Kolonialmacht von zentraler Bedeutung.

Lange Zeit war die Antwort der »Schlechtregierten« ihr Rückzug in informelle Strukturen, die besonders dort stark ausgeprägt sind, wo sich Elend und Reichtum direkt begegnen. Mit der Krise des Staates hat nun Gewalt, die unmittelbar die Macht des Staates herausfordert, an Boden gewonnen.

Als Bauer auf dem Schachfeld der Weltwirtschaft steht Afrika nach wie vor unter westlicher Kontrolle. Die Struktur Anpassungsprogramme, die den Ländern des Kontinents seit über 15 Jahren aufgeherrscht werden, liegen ausschließlich im Interesse der G7-Staaten. Je tiefer die weltweite Kluft zwischen reich und arm wird, um so stärker breitet sich die Armut in der Bevölkerung insgesamt – aber insbesondere im subsaharischen Afrika – aus. Trotz dieser bitteren Realitäten hält sich noch immer hartnäckig die Illusion, daß Trumans Hilfsprogramm vom Januar 1949 eine Ära von »Entwicklung« eingeleitet hätte. In Wirklichkeit hatte der Imperialismus jedoch nur eine neue Ideologie zur Legitimierung der Ausdehnung des Kapitalismus gefunden – jenes Kapitalismus, von dem große Denker erwarteten, daß er verschwinden werde. Der Kapitalismus

Bamba Ka – Jg. 1974, Student der Wirtschaftswissenschaften in Dakar/ Senegal. Die hier veröffentlichte Arbeit hat der Autor zum Wettbewerb um den Internationalen Lelio-Basso-Preis 1998 eingereicht. »UTOPIE kreativ« publizierte bisher Arbeiten aus diesem Wettbewerb von Benedetta Calandra zu »Gemeinwirtschaftlichen Organisationen in Chile« (Heft 102), von Bertell Ollman zur Frage »Dialektik – warum gerade jetzt?« (Heft 103/104) und von Lev Kreft zu »Kultur, Nationalismus, Nation – oder das Gespenst mißlingender Modernisierung in Slowenien« (Heft 106).

»Die politische Wirklichkeit Afrikas wird von vier Faktoren bestimmt ...

1. vom kolonialen Erbe;
 2. von der Überlebenskraft, mit der vorkoloniale politische und soziale Systeme sich über die Kolonialzeit hinweg gerettet haben;
 3. von dem Bildungsgut oder Bildungsballast Europas/Nordamerikas, den die heutige afrikanische »Elite« ... während ihrer Schulzeit aufnahm; schließlich
 4. von der technisch bereits vollzogenen Einheit des Planeten ... während das kollektive Spontanverhalten aller Völker (keineswegs nur der Afrikaner) noch aus den Prägungen der älteren Steinzeit stammt.«
- Franz Ansprenger:
Afrikanische Politik vor neuen Orientierungen?, in: der überblick, 1/90, S. 5.

»Afrikas Kolonialzeit war kurz, aber intensiv. Die effektive Herrschaft der Weißen über die Mehrheit der afrikanischen Völker hatte ungefähr so lange Bestand wie in Deutschland das Bismarckreich. Beide Schöpfungen fügten sich ein in eine historische Strömung, kleine politische Einheiten zu größeren zusammenzuschließen. Integration nennt man das heute, Imperialismus nannte man es um 1900, und von beiden Formeln erhofften sich die Verkünder alle möglichen wirtschaftlichen und sozialen Wohltaten.«
Franz Ansprenger: a.a.O.

sah sich im Süden bedroht durch die Forderung nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung und einem erstarkten Selbstbewußtsein der »Dritten Welt« (tiers mondisme), vor dem er als eine Bestie erscheint, die vernichtet werden muß, damit nicht alles den universellen Gesetzen des Marktes unterworfen werde.

Wird die Zukunft des afrikanischen Kontinents nun durch die Ergebnisse der Strukturanpassungsprogramme bestimmt werden? Oder eher durch die Zurückdrängung der alten Einflußfaktoren und das Heraufkommen von Eliten, die kompetent und fähig sind, ein westliches Wachstumsmodell in Gang zu setzen, das die Ungerechtigkeiten des Systems hinter einem Schleier von »Entwicklung« zu verbergen vermag? Wird die quasi offiziell verlautbarte Idee »Afrika ist auf dem Marsch« die lang erwartete gute Nachricht sein – oder war das wieder nur einer dieser lyrischen Momente, der am Ende jenes Banketts im Mai 1997 Camdessus, den Direktor des Internationalen Währungsfonds, überwältigte, als er über die Perspektiven der Weltwirtschaft sprach?

Die äußere Welt macht aus der Entwicklung Afrikas ein »inneres« Problem, das im Zuge der Globalisierung gelöst werden wird. Am Ende des Zweiten Weltkrieges führte der Zusammenbruch der multinationalen Kolonialimperien zur Entstehung einer großen Zahl neuer Staaten und die wachsende Aufmerksamkeit für die Probleme nationaler Minderheiten verhinderte die angemessene Beachtung von Entwicklungsproblemen internationaler Minderheiten. Einige Führer nutzten diese ethnischen und kulturellen Unterschiede aus. Seit dieser Zeit wird der schwarze Kontinent von einer Krise der politischen Staatsgebilde erschüttert. Verschärft wird die Situation durch die Aufwertung von kulturellen und ethnischen Faktoren und durch das, was oft als eine Revanche der religiös, stammesmäßig oder auf Familienbasis strukturierten Kleingruppen wahrgenommen wird. Besonders deutlich ist das in der Region der großen Seen zu erkennen.

In Afrika lasten schwere Bedrohungen auf der Idee der Zivilgesellschaft: die Zurückdrängung des staatlichen Gemeinwesens, die Dominanz des »Multikulturalismus«, das Wiedererstarken des Identitätsdiskurses, die Zuspitzung ethnischer Konflikte in Rwanda, in der Demokratischen Republik Kongo (ehemals Zaire), in Angola usw. All dies signalisiert die Zerrüttung jener Idee des Gesellschaftsvertrages, der nach Rousseau die Grundlage bildet für ein gemeinschaftliches Handeln der Menschen auf einem von ihnen selbst gewählten Weg. Politik bedeutet unter diesen Bedingungen immer weniger die Schaffung und Koordination eines gemeinschaftlichen Willens, sondern mehr und mehr die Herausbildung von Freiräumen für partikulare Identitäten.

In verschiedenen Ländern wurde das Einparteiensystem ersetzt durch die Konkurrenz verschiedener kleiner – undemokratischer – Parteien. An deren Spitze stehen zuweilen höchst antidemokratische Figuren, die schnell damit bei der Hand sind, ihre Länder zu Demokratien westlichen Typs zu erklären. Dabei wird aber geflissentlich übersehen oder verschleiert, daß sie zwar äußerlich die Demokratien kopieren, allerdings ohne jegliches wirklich demokratische Fundament.

Darin liegt das eigentliche Problem – taugt die im Westen entstandene Form von Demokratie überhaupt für afrikanische Gesellschaften? Diese Frage ist von derart großer Bedeutung, daß eine Antwort darauf sich sehr wohl der eventuell tragischen Konsequenzen vergewissern muß, in die andere Modelle führen könnten.

So steht die westliche Demokratie zum Beispiel gegen die Idee einer Politik des Ghettos – das Ghetto definiert als ein Raum der Homogenität, gegründet auf monolithische, nicht durch Vertrag gestaltete und exklusive Bindungen. In zahlreichen afrikanischen Ländern aber ist genau diese Politik des Ghettos die alles bestimmende. Sie ist zugleich Symptom einer Niederlage des Staates wie auch des Heraufschneitens neuer Konflikte.

Die Unruhe wächst angesichts des mafiotischen Charakters vieler afrikanischer Regierungen, die sorglos Millionen verschwenden, während ein Großteil der Bevölkerung verhungert. Die Schwere des Problems offenbart sich zum Beispiel darin, daß in Afrika der Maßstab für die Verteilung von Finanzhilfen oftmals einzig die Besonderheit der Region (ob sie der Wahlkreis des führenden Politikers ist oder nicht) oder die Bevorzugung eines Stammes ist. Anstatt ausgleichend und beruhigend zu wirken, versuchen die Intellektuellen der jeweiligen Seite alles, um die Lage so dramatisch wie möglich darzustellen, so daß die Spitze der Staatspyramide keinerlei Handlungsalternative hat.

Ethnische und Stammesbindungen haben auf diese Art und Weise eine neue Qualität in der Politik erlangt. Verallgemeinernd läßt sich feststellen, daß die Stärkung ethnischer und religiöser Elemente die Menschen zunehmend gegenüber ideologischen oder programmatischen Anrufungen immunisiert. Da es den Afrikanern unmöglich ist, den Begriff ›Volk‹ so zu definieren, wie dies im Konzept des Gesellschaftsvertrages beschlossen liegt – nämlich als Staatsvolk –, greifen in einer Welt, die an die Stelle des Nebeneinanders der Völker die Mobilität, die gegenseitige Durchdringung und die gegenseitige Abhängigkeit setzt, politische Bindungen nicht mehr. Dies ist um so verhängnisvoller, als viele Befreiungsbewegungen darauf verzichtet haben, sich einer ursprünglichen, demokratischen Legitimation zu versichern – und folglich fällt es ihnen um so leichter, sich aller politischen Skrupel zu entledigen und mehr oder weniger heimlich ethnische Säuberungen vorzubereiten. Die Hutu und Tutsi sind ein prominentes Opfer dieser Praktiken. Jeder schwache Staat konsolidiert sich über ethnische Werte, die er am Ende doch negiert. All dies sind Zeichen einer Niederlage des jakobinischen Staatsmodells, das von den Kolonialmächten brutal und naiv im Zuge der Dekolonisierung eingeführt wurde, ohne daß seine ›universellen‹ Werte jemals verinnerlicht wurden.

Genau aus diesem Grunde verdient das Beispiel von Somaliland, einer ehemaligen britischen Kolonie, die sich 1991 von Somalia abspaltete, Beachtung. Arm und isoliert, wurde in diesem Land der Versuch unternommen, Demokratie und Traditionen friedlich zu vereinigen – mit einem Erfolg, den man in anderen afrikanischen Ländern nirgends antreffen kann.

Es gelang, traditionelle Mechanismen der Regulation von Konflikten wiederzubeleben. Mächtige regionale Versammlungen bestanden

»Der Idealtyp des diplomierten Afrikaners war ... der subalterne Bürokrat. Aus diesem Holz mußte Afrika seine postkolonialen Politiker schnitzen.«
Franz Ansprenger:
a.a.O., S. 6

»Je breiter sich die Kluft zwischen Regierung, Bürokratie, Staatspartei ... einerseits, dem Volk in Stadt und vor allem Land andererseits öffnete, je eindeutiger die modernen Systeme versagten, desto fester mußten die Menschen sich wieder an die mürben Seile der alten sozialen Netze klammern.«
Franz Ansprenger: a.a.O.

»In den 80er Jahren ist Afrika südlich der Sahara wirtschaftlich und sozial kontinuierlich abgerutscht. Heute hungern mehr Menschen in Afrika als zur Zeit der Unabhängigkeit, die Lebenserwartung geht in manchen Regionen zurück, für Gesundheit und Erziehung geben die überschuldeten Staaten heute weniger aus als um 1960.«
 Rainer Tetzlaff: Daten des Elends in Afrika, in: der überblick, 1/90, S. 8.

»Nach ... Erkenntnissen der Weltbank ist die ›afrikanische Krise‹ durch folgende Faktoren gekennzeichnet: Geringes landwirtschaftliches Wachstum, rückläufige Industrieproduktion, schwache Exportleistungen, steigende Verbindlichkeiten, Verfall der Institutionen (Schulen, Bibliotheken, Krankenhäuser, Eisenbahnen, Straßen) und Versagen des staatlichen Wirtschaftssektors. Hinzu kommen als krisenverschärfende Faktoren erstens ein zu rasches Bevölkerungswachstum und zweitens die Fehlleistungen der afrikanischen Politiker.«
 Rainer Tetzlaff: a.a.O.

auf der Zahlung des Blutpreises, einer Institution, die allein in der Lage ist, einen Stammeskrieg zu entschärfen, weil damit materielle Kompensation und eine symbolische Wiederherstellung der Ehre gleichzeitig eingefordert werden. Ein solches Vorgehen mag archaisch erscheinen. Dahinter verbarg sich aber die Anerkennung der sozialen und kulturellen Realität des Landes – und genau die fehlte bei jenen »Friedenskonferenzen« westlicher Machart, die von der UNO 1993/94 in Addis Abeba veranstaltet wurden und die nie ein Ergebnis hervorbrachten.

Die Idee der Staats›Macht‹ war dieser alten Kultur völlig fremd. An seiner Statt hatte man die ›shirs‹, von denen es zwei Arten gibt: Die großen ›shirs‹ werden von den Bewohnern Somalilands »nationale Konferenzen« genannt, die kleinen sind lokale ›shirs‹ – und genau die haben bei der Bewältigung der Stammeskonflikte eine wesentliche Rolle gespielt. Am Vorabend der dritten nationalen Konferenz (1997) wurde die Rolle des Staates dann von niemand mehr in Abrede gestellt: Es gab zwei Delegiertenversammlungen – die eine aus »einfachen« Delegierten bestehend, die andere aus Personen, die durch Stammesräte bestimmt wurden. Diese ›zweite Kammer‹ kann im Gegensatz zur ersten nicht durch den Präsidenten aufgelöst werden, und keiner der ihr angehörenden Stammes- oder Clanrepräsentanten kann im Falle von Tod, Krankheit oder Abberufung anders ersetzt werden als durch einen neuen Repräsentanten exakt des gleichen Stammes oder Clans. Das alles ist in der Verfassung geregelt, die im Februar 1997 durch die beiden Kammern beschlossen wurde. Die Bewohner von Somaliland mögen archaisch erscheinen – aber sie sind auch extrem demokratisch. Diese Erfahrung sollte die afrikanischen Führer ermutigen, ihr Streben auf die Errichtung von Staatsgebilden zu richten, die den afrikanischen Gewohnheiten angemessen sind.

Die geduldige Arbeit an einem hybriden Staatswesen aus westlichen und urafrikanischen Elementen hat nach und nach zu einer Vertiefung demokratischer Verhaltensmuster geführt. Nicht, weil man – wie das sonst so oft in Afrika der Fall ist – irgend jemand im Ausland gefallen wollte, sondern weil es eine von innen gewachsene Notwendigkeit war. Man hatte die Wahl zwischen einer wirklichen Demokratisierung und Bürgerkrieg.

Somaliland ist arm und isoliert. Aber in einem Moment, in dem Afrika sich auf der Suche befindet nach einem Weg zwischen den stürzenden alten Tyrannen und den stolpernden jungen Demokratien, ist es ein einzigartiges Beispiel der möglichen Vertiefung von Demokratie durch die Bewahrung jahrhundertalter Traditionen – wobei versucht wird, die damit verbundenen Gefahren abzuschwächen und die positiven Momente zu verstärken.

In vielen afrikanischen Ländern nehmen die Führer allein deshalb für sich in Anspruch, »wahre Demokraten« zu sein, weil sie Wahlen organisiert haben, die übrigens immer zu ihren Gunsten ausgehen. Das Prinzip hat der ehemalige kongolesische Präsident Pascal Lissouba einmal ganz unumwunden so beschrieben: »Man organisiert Wahlen nicht, um sie zu verlieren.« Daher ist das Abhalten von Wahlen als alleiniger Beweis für Demokratie nichts als eine äußerst fragwürdige Reduzierung des Demokratiebegriffs.

Manche nutzen Wahlen dieser Art, um an die Macht zu gelangen, andere, um ihre Diktaturen zu erhalten, und so erscheinen Gesellschaften als demokratisch, die in Wahrheit von innerem Zerfall gekennzeichnet sind. Und dann ist die Welt überrascht, wenn die aufgestauten Widersprüche plötzlich explodieren. Dabei ist es doch offensichtlich, daß mit dieser Art der Wahlen die Widersprüche zudeckt werden sollen, um international das Gesicht zu wahren – und um in den Genuß von internationaler Finanzhilfe zu kommen.

Das allgemeine Wahlrecht westlicher Prägung allein kann nicht konstituierendes Element von Demokratie sein, weil es für sich genommen nicht all das garantiert, was unter grundlegenden privaten wie öffentlichen Rechten und Freiheiten des Menschen verstanden wird. Für den Afrikaner ruht – wie ausführliche Studien sowohl afrikanischer als auch westlicher Wissenschaftler unterstreichen – Demokratie auf zwei Säulen: einer politischen und einer kulturell-soziologischen. Von wirklicher Demokratie kann man nur sprechen werden, wenn beide Säulen gleichberechtigt entwickelt sind.

Manche Afrikaner reden zuweilen vom ›Durst nach Demokratie‹, der sich überall breitmacht. Aber wem nützt Demokratie, die als Folge von Gewalt, Barbarei und sogar Mord entsteht? Wenn überhaupt, nützt sie jenen »visionären Glücksrittern«, die im Volk nichts anderes als eine gefügte, formbare Masse sehen. Sie reden davon, das bestehende System bekämpfen zu wollen, und wenn sie dann irgendeinen ehrbaren Posten erklommen haben und einen feinen Anzug tragen, dann erbringen sie den Beweis, daß es in Afrika keine wirklichen Oppositionellen, sondern lediglich ›Wettbewerber‹ gibt, die ausschließlich einer »Politik des Bauches«, des Eigeninteresses, erlegen sind. Der afrikanische Oppositionelle lebt – wie Max Weber formulierte – »nicht für die Politik ..., sondern von der Politik«.

Und all das passiert vor dem Hintergrund einer ohnehin dramatischen wirtschaftlichen Situation, die durch die Roßkur, die Internationaler Währungsfonds und die Weltbank den afrikanischen Staaten aufgeherrscht haben, noch weiter verschlechtert wurde. Die Konsequenzen sind bekannt: Senkung der Reallöhne, Entlassung aus dem Staatsdienst, ungezählte Frauen und Männer, die sich von einem Tag zum anderen in Arbeitslosigkeit befinden. Das hinterläßt tiefe Spuren im Bewußtsein der Menschen.

Oft sollen dann Abfindungen, die den neuen Arbeitslosen ausgezahlt werden, damit sie – im Gegensatz zu den Langzeitarbeitslosen – einen Anreiz haben, kleine oder mittlere Unternehmen zu gründen, die anfänglich durch den Staat gestützt werden, damit sie nicht gleich wieder zusammenbrechen. Das macht sich gut und soll befördern, daß jeder sich mit der Gesellschaft identifiziert und verinnerlicht, daß seine Zukunft vom eigenen Engagement ebenso abhängt wie von dem der anderen. Das alles erinnert an J. F. Kennedys Ausspruch: »Frag nicht, was der Staat für dich tun kann, sondern was du für den Staat tun kannst.« Wohin aber führt das in der Realität? Zu einer kurzfristigen Vergeudung von Geldern und zu einer Verlängerung der Leiden der Opfer jener Roßkur. Denen bleibt schließlich nichts anderes übrig, als auf die Straße zu gehen und lautstark auf ihre Misere aufmerksam zu machen.

»Die aktuelle Krise Afrikas, von der ... nunmehr ... überall die Rede ist – auf dem Podium der UNO-Generalversammlung und im Elfenbeinturm der Uni-Seminare –, tritt nur äußerlich als Wirtschaftskrise in Erscheinung. Sie ist primär eine politische Krise.«

Franz Ansprenger:
a.a.O., S. 6.

»... die Bildungselite Afrikas (hat) bis heute aus Europa zwar ein Sammelurium von Ableitungen aus der politischen Praxis nach Hause transportiert, aber wenig kohärentes, theoretisch durchdachtes Erfahrungswissen über Politik.«

Franz Ansprenger:
a.a.O., S. 7.

»Die magische Formel ›Strukturanpassung‹, die IWF und Weltbank anbieten, ist ein magerer Ersatz (für die ›sozialistische Orientierung‹ – d. Red.). Sie scheint kaum mehr bedeuten zu sollen als stumme Unterwerfung unter die Launen ... eines zwischen den Großkonzernen ausbalancierten Marktes.«

Franz Ansprenger: a. a. O.

»... die vorgeschlagene Weltbank-Therapie zur Lösung der ›afrikanischen Krise‹ ist mangels Praktikabilität enttäuschend. Alle Vorschläge und Empfehlungen kreisen um die Kernidee, wie auch das Schlußlicht der Weltwirtschaft reibungsloser und kostengünstiger als bislang der Logik des kapitalistischen Marktsystems unterworfen werden könnte – trotz aller negativen Erfahrungen mit diesem Integrationskonzept.«
Rainer Tetzlaff:
a. a. O., S. 12.

»Eine schwerwiegende Folge der fehlgeleiteten Modernisierungsstrategie wurde in der *Überschuldung Afrikas* sichtbar. Seit 1970 ist die langfristige Schuld in Afrika südlich der Sahara auf das 19fache gestiegen und ist nunmehr ebenso hoch wie das Bruttosozialprodukt.«
Rainer Tetzlaff: a. a. O., S. 9.

»Wir Europäer sollten aber bei der Debatte über Afrika und mit Afrikanern nicht das eigene Steckenpferd reiten, auch nicht das Fortbestehen unseres speziellen Amtes im Gefüge der Entwicklungspolitik rechtfertigen. Wir sollten Afrikas Wirklichkeit zu erkennen und zu begreifen suchen, um sie dann mit anderen geschichtlichen oder zeitgenössischen Realitäten zu vergleichen und vielleicht – vielleicht – daraus den einen oder anderen Hinweis abzuleiten, welche andernorts erprobten Fehler Afrika vielleicht – vielleicht – vermeiden kann.«
Franz Ansprenger:
a. a. O., S. 5.

Manchmal enden diese »Hungerrevolten« blutig – weil die Regierung um jeden Preis ihren Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern nachkommen will. Dann wird das antihumane Credo der vom IWF erzwungenen Reformen – in denen Demokratie nur eine Alibifunktion ausfüllt – mehr als offenbar. Vielen afrikanischen Politikern wird allmählich klar, daß Strukturanpassungsprogramme allein dazu dienen, die Auslandsschulden zu begleichen. Und dann ist es nur folgerichtig, daß die Ausgabenkürzungen bei Bildung und Gesundheit die Länder in chronischer Unterentwicklung halten.

Das alles beweist, daß Experten wie Samir Amin vom »Dritte-Welt-Forum« in Dakar mit ihrer Analyse der Situation recht haben, wenn sie eine enge Beziehung zwischen der ökonomisch-sozialen Krise und den Strukturanpassungsprogrammen von IWF und Weltbank und der daraus resultierenden Finanzkrise in einigen asiatischen Ländern ausmachen. Die Ungerechtigkeiten werden so groß, daß etliche Staaten nun dahin tendieren, sich von neuem als »Nichtpaktgebundene« zu formieren. Das könnte ein Block von asiatischen und der afrikanischen Staaten sein, der sich der Globalisierung widersetzt, denn die Strukturanpassungsprogramme sind nichts anderes als US-amerikanische Instrumente einer Politik, die versucht, die ganze Welt zu kontrollieren.

So bleibt also – nach der Entwicklung eines tatsächlich demokratischen Systems – für die heute jungen Afrikaner, denen die Entwicklung ihres Kontinents am Herzen liegt, nur, darüber nachzudenken, wie sie ein Gleichgewicht in der Konkurrenz zu den asiatischen Ländern herstellen können. Das wäre ein sehr ehrenwertes Unterfangen, wenn wir nicht riskieren wollen, daß der Zug des dritten Jahrtausends mit Höchstgeschwindigkeit an Afrika vorbeirast.

Eine weitere ehrenvolle Aufgabe besteht darin, einen Weg zu finden, mit dem man sich der Globalisierung wirkungsvoll entgegenzustellen vermag. Denn die herrschende Statistik ist auf Wachstumsraten fixiert, die oft als einziger Entwicklungsmaßstab genommen werden. Dabei wird allerdings übersehen, daß allerlei statistische Tricks es ermöglichen zu verschleiern, daß die Völker Afrikas Opfer der wachsenden Ungleichheit sind. Als wenn es noch eines Beweises bedurfte, hat der Internationale Währungsfonds jüngst aus seiner »Politik der zwei Geschwindigkeiten« kein Hehl gemacht: eine Geschwindigkeit gilt für die asiatischen Staaten wie Thailand, Südkorea oder kürzlich auch Indonesien und Japan, denen man nahezu unbegrenzte Hilfen zur Verfügung stellte, und die andere für Afrika, das in der gleichen Zeit fast leer ausging.

Der afrikanische Kontinent muß sich neuen Herausforderungen stellen. Er muß seine menschlichen und soziokulturellen Ressourcen mobilisieren; er muß sich angesichts der drohenden Zerstörungen seines ethnischen und kulturellen Erbes öffnen, ohne dieses Erbe preiszugeben; er muß sich auseinandersetzen mit den Modellen der westlichen Demokratisierung und in diese Auseinandersetzung zugleich seine eigenen Demokratieformen einbringen; er muß Wege öffnen, die zur Überwindung der einst durch die Kolonialstaaten höchst künstlich gezogenen Grenzen führen.

Aus dem Französischen von Wolfram Adolph